

Zielgruppe: Für den Landeskunde-Unterricht und für den landeskundlich interessierte Deutschlernende auf Niveau B2 -C2

Teil 1: Geografische Lage und Bevölkerung

- Deutschland heute mit Schwerpunkt auf Entwicklungen in Ost und West
- Leseproben unter www.deutsch-verlag.com
- erscheint regelmäßig in einer aktualisierten Auflage
- mit vielen neuen Fotos, Statistiken und Abbildungen
- Themenauswahl: Zuwanderung, Rassismus im Alltag, Rechtsextremismus, bürgerliches Engagement, Wohnungsmarkt, Kinderarmut, Grundsicherung, die Tafeln, repräsentative Demokratie, Krise Europas, Schule und Hochschule, das duale System, Dichtung, Musik, Theater und Film, Homeoffice, Zeitarbeit, Mindestlohn, Energiewende, alternative Energien, neue Technologien – chronologischer historischer Rückblick

Aktuelles 2021/22

Die „Landeskunde Deutschland 2020/21“ ist auf dem aktuellen Stand von 2021. Sollten Sie diese Printausgabe benutzen, können Sie mit den folgenden ergänzenden Texten Ihre Fassung schnell auf den letzten Stand bringen.

Teil 1: Geografie, Bevölkerung, Migration

S. 11 Klima

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf das Klima sind deutlich spürbar: Die Sommer werden heiß und trocken und die Winter mild. Extreme Wetterlagen, Starkregen, Dürre, Flutkatastrophen und Sturmschäden nehmen zu und die Alpengletscher schmelzen. Der Meeresspiegel steigt an und die Zugvögel ändern ihr Verhalten. Das Umweltbundesamt dokumentiert regelmäßig die Veränderungen.

Aufgabe: Sprechen Sie über Klimaveränderungen in Ihrem Land und die Maßnahmen gegen den Klimawandel.

S. 13 Kirche

Der Druck auf die Kirchen wächst, auch andere Lebenswirklichkeiten anzuerkennen, und die Initiative 2.0 kämpft für Reformen und die Rechte von Frauen in der Kirche.

S. 18 Wahlrecht

Das kommunale Wahlrecht gilt nur für EU-Staatsbürger, die in Deutschland einen festen Wohnsitz haben, nicht für die schon lange in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger. Aber Sachverständige fordern mehr Einbürgerung, damit die neuen Bürger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Allgemein wird die zunehmende Vielfalt immer mehr akzeptiert.

S.19 Flucht aus der Ukraine

Spontan packten Bürgerinnen und Bürger wieder an, als tausende Frauen und Kinder aus der Ukraine flohen. Viele Familien nahmen ukrainische Familien bei sich auf.

Seite 19 Moabit hilft

Gemeinnütziger überparteilicher Verein in Berlin Moabit, der sich aktiv für Geflüchtete einsetzt. Zu den Projekten gehört Unterstützung bei dem Erlernen der deutschen Sprache, Hilfe bei dem Ausfüllen von Formularen, Kontaktaufnahme zu Behörden und anderen Institutionen zur Klärung von Sachverhalten, Vorbereitung auf Anhörungen beim BAMF, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Sprachmittlung, Begleitung bei z.B. Amtsgängen, Arztbesuchen und Ausgabe von [Sach-, Kleidungsspenden](#). Mehr über www.moabit-hilft.com.

Seite 20 Fluchtbewegungen

Seit der russischen Invasion in die Ukraine sind Menschen auf der Flucht. Vor allem Frauen und Kinder fliehen vor dem Krieg in die Nachbarländer: nach Polen, Ungarn, Rumänien, in die Republik Moldau, in die Slowakei. Aber auch andere Länder nehmen Flüchtende auf wie Tschechien, Italien, Spanien, Bulgarien, Österreich, die Niederlande, Litauen, Belgien, Frankreich, Portugal, Estland, Schweden, auch Großbritannien. In der EU finden sie Schutz auf der Basis der Massenzustromrichtlinie, in der Schweiz mit dem Schutzstatus S, sonst mit vergleichbaren Regelungen.

Massenzustrom-Richtlinie der EU

In der EU bekommen Geflüchtete aus der Ukraine automatisch einen Aufenthaltsstatus, einen vorübergehenden Schutz. In Deutschland können sie sich 90 Tage aufhalten und dann eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. Juden und Jüdinnen aus der Ukraine können einen dauerhaften Aufenthalt als Kontingentflüchtlinge über eine jüdische Gemeinde beantragen.

S. 20 Solidarität

Brüssel appellierte an die Solidarität der Länder und schlug einen Verteilerschlüssel mit bestimmten Aufnahmequoten vor. Das Ergebnis war niederschmetternd. Viele Länder, allen voran die neuen EU-Länder im Osten, lehnten die Aufnahme von Flüchtlingen strikt ab, trotz der Appelle des EU-Präsidenten für Menschlichkeit und Solidarität. Das änderte sich erst am 24. Februar 2022, als Menschen aus der Ukraine Zuflucht im Westen suchten und Osteuropa für Flüchtlinge geöffnet wurde.

S. 21 Fluchtwege

Angesichts wechselnder Fluchtwege haben sich die EU-Mitgliedsländer geeinigt, die EU-Außengrenzen besser zu schützen. Innerhalb Europas wurden und werden zum Schutz sogar Mauern und Zäune errichtet. Illegale Push-backs an den östlichen Außengrenzen machen Sorgen in Hinblick auf die Werte, für die Europa steht.

Teil 2: Die Bundesländer

S. 25 Flächenverbrauch

Heute gehen zunehmend landwirtschaftliche Flächen verloren. Erosion und vor allem eine industriell betriebene Landwirtschaft machen dem Boden zu schaffen. Auch beansprucht der Ausbau der Infrastruktur wertvolle Flächen: Autobahnen und Straßen entstehen, Kommunen fördern Gewerbegebiete am Rande der Städte und Dörfer. Die Folge: Geschäfte in den Innenstädten, die

auch durch den Online-Handel geschwächt sind, schließen. Ziele sind deshalb eine Reduzierung des Flächenverbrauchs und neue Konzepte für die Belebung der Innenstädte.

S. 30 Tiefseehafen

Der 2012 in Betrieb genommene JadeWeserPort ist ein Tiefseehafen, den die riesigen Containerschiffe der neuesten Generation anlaufen können. Gefragt ist der Hafen auch als Logistikstandort. Die andauernden Zeiten der Pandemie und der Krieg in der Ukraine erfordern neue Strategien bei Lager und stockenden Lieferketten. Terminals für Flüssiggas werden gebaut.

S. 32 Werften

Die Werften in Wismar, Rostock und Stralsund bieten seit 75 Jahren beste Bedingungen für den Schiffsbau. Gebaut werden Luxus-Flusskreuzfahrtschiffe und große Luxus-Kreuzfahrtschiffe. Aber der Boom wurde durch die Corona-Epidemie jäh gestoppt. Die Finanzierungslücken konnten nicht geschlossen werden. Es läuft ein Insolvenzverfahren.

S. 33 Pipelines

In der Nähe von Greifswald geht die neue 1224 Kilometer lange Nord-Stream-Pipeline 1 durch die Ostsee an Land, die Deutschland und Westeuropa mit russischem Gas versorgt (Zufuhr inzwischen gestoppt). Hier endet auch die 2021 fertiggestellte Nord-Stream 2-Pipeline, die von Anfang an umstritten war und nicht in Betrieb gegangen ist. Die Sanktionen gegen Russland im Ukraine-Krieg haben das Projekt endgültig gestoppt.

S. 37 Koloniale Vergangenheit

Auf der Fläche des Stadtschlusses der preußischen Könige (abgerissen 1950) stand der Palast der Republik, Sitz der DDR Volkskammer und kultureller Mittelpunkt. Der Palast wurde 30 Jahre nach seiner Eröffnung abgebaut und über die Spree abgetragen. Hier ist nun hinter der rekonstruierten Fassade des barocken Stadtschlusses das Humboldt Forum entstanden, das 2020 eröffnet wurde. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung preußischer Kulturbesitz sollen die

Weltkulturen ins Haus holen. Ziel ist ein Dialog der Kulturen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und die Restitution von Kulturgut sind in Gang gekommen.

S. 39 Berlin

Drei Viertel der Neuberliner kommen wegen des Jobs. Sie etablieren sich neben den alteingesessenen Berlinern, deren etwas rauher Charme, der berühmten Berliner Schnauze, durchaus attraktiv ist. Unterschiedlichste Lebensentwürfe haben hier ihren Platz gefunden.

S. 40 Intel

Ein Wendepunkt in Richtung Zukunft ist die geplante Ansiedlung des amerikanischen Chipherstellers Intel in Magdeburg. Zwei Fabriken sollen die Halbleiterproduktion in Europa beschleunigen und Europa unabhängiger machen.

Anm.: Halbleiter sind in Autos, Windkraftanlagen, Kühlschränken usw. eingebaut. Die Abhängigkeit von den USA und Taiwan haben in Europa zu Lieferengpässen geführt. In Zukunft soll geforscht, entwickelt und produziert werden. Den Anfang macht Intel in Sachsen-Anhalt.

Teil 3: Soziales

Seite 59 u.

Das Kinder- und Jugendzentrum „Die Arche“ wurde 1995 in Berlin gegründet. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu bieten und gegen soziale Defizite zu agieren sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen.

S. 60 Lebensgemeinschaften

Die Zahl der Lebensgemeinschaften, auch der gleichgeschlechtlichen, gestiegen ist. Neben der traditionellen Kleinfamilie entstehen neue

Lebensformen, z.B. Regenbogenfamilien mit Partnern der LSBTIQ-Orientierung.

Anm.: LSBTIQ = lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen.

S. 63 Lebensbedingungen

Die Lebensbedingungen in Deutschland West und Ost nähern sich langsam an. Die stufenweise Angleichung der Löhne geschieht in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Die Mieten sind im Durchschnitt nicht so stark gestiegen wie im Westen, aber die Einkommen pro Haushalt sind auch niedriger. 8% der Wohnungen in Ostdeutschland stehen durch den Wegzug der Bewohner leer. In Westdeutschland sind es nur ca. 2,3%, besonders in ländlichen Gebieten. Das flache Land ist dadurch oft schlechter versorgt.

S. 64 Hausbau

Beim Hausbau fängt das Energiesparen an. Wer bauen will, denkt heute ökologisch. Die Regierung unterstützt Hausbesitzer, die ihr Haus energetisch sanieren wollen. Außerdem sind die Verbraucher wesentlich sparsamer geworden. Seit 2016 müssen Neubauten mit weniger Energie auskommen; es gelten strengere Standards. Vor allem Altbauten werden öffentlich gefördert. Die EU-Regierungen müssen Pläne vorlegen, wie der Gebäudebestand bis 2050 klimaneutral werden kann.

S. 68 Jugendliche

Während früher die wirtschaftliche Lage und die steigende Armut die größten Sorgen bereitet haben, sind es heute die Umweltverschmutzung, die Angst vor Terror und der Klimawandel (Umfrage 2022: der Krieg, Klimawandel, Inflation, soziale Spaltung). Jugendliche fürchten mehr eine wachsende Ausländerfeindlichkeit als weitere Zuwanderung, wobei sich ca. die Hälfte aber für weniger Zuwanderung als bisher aussprechen. Alles in allem ist die Mehrheit davon überzeugt, dass es in Deutschland gerecht zugeht. Jugendliche im Osten verweisen stärker auf fehlende soziale Gerechtigkeit.

Anm.: In der neuesten Umfrage 2022 bereitet der Ukraine-Krieg den Jugendlichen

die größte Sorge. Angst verursachen der Klimawandel, Inflation, soziale Spaltung und Wirtschaftskrise.

S. 70 Freizeit

Jugendliche streamen oder gamen in ihrer Freizeit. Ab 12 Jahren besitzen sie ein Smartphone, chatten ausgiebig - Klassenchats sind Alltag - und sind auch im Internet unterwegs. Es gab bisher keine junge Generation, die so allein gestellt war und mit ihren Computern alles im weltweiten Netz sehen konnte. Wichtig wird da das Unterrichtsfach digitale Medien, denn Medienkonsum muss gelernt werden. Die Folge ist auch, dass kreativer Leerlauf und die Beschäftigung mit sich selbst immer weniger stattfinden. Da bleiben vielleicht noch Freizeitaktivitäten wie gesellige Treffen oder Sport.

Seite 70 Interrail

Interrail, die Reise mit der Bahn durch Europa, war vor der Jahrtausendwende bei Jugendlichen sehr beliebt und geriet dann aus dem Blickfeld. Erst nach der Corona-Krise wurden die Bahnfahrten mit Interrail wieder aufgenommen. Mit dem Interrail-Bahnpass können Bürger der EU und einiger weiterer europäischer Länder individuell Bahnreisen in Europa zu Pauschalpreisen zusammenstellen.

Der Interrail Global Pass gilt für Bahnunternehmen in 33 europäischen Ländern. Mit diesem Pass können Reisende mit Wohnsitz im Ausland Europa zu Pauschalpreisen kennen-lernen.

S. 70 Bundeswehr

Der Einsatz der NATO in Afghanistan wurde 2021 fluchtartig beendet, eine Katastrophe, denn viele Ortskräfte (Dolmetscher, Übersetzer) blieben in Lebensgefahr zurück und können nur unter großen Schwierigkeiten nach Deutschland geholt werden.

S. 71 Bundeswehr

2022 beschloss Deutschland aufgrund des Kriegs in der Ukraine die Aufrüstung seiner Streitkräfte. Die Verteidigung des Landes und der Union rückt in den Vordergrund. Man spricht von einer "Zeitenwende".

S. 71 Erasmus-Programm

2021 ist das neue EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport ERASMUS+ 2021 - 2027 gestartet.

S. 73 Ali Can

Im Mai 2022 wurde Can als Botschafter für Demokratie und Toleranz 2022 ausgezeichnet.

S. 79: Overtourism

Ein neues Phänomen ist der Overtourismus oder Overtourism, wobei Konflikte zwischen einheimischen und Besuchern entstehen. Bestimmte attraktive Ziele werden von Besuchern überflutet, vielfach vorbereitet und verabredet über die sozialen Netzwerke.

S. 82 Die Tafeln

Mit 60 000 teils ehrenamtlichen Helfern gelten die Tafeln als eine der größten sozialen Bewegungen heute. Neben der Verteilung von Lebensmitteln bieten Tafeln auch warmes Essen an und beliefern soziale Einrichtungen. Seit der Einführung von Hartz IV, dem Niedriglohnsektor, ist die Zahl der Bedürftigen ständig gestiegen. Die Corona-Epidemie und die Flüchtlingskrise haben die Situation weiter verschärft.

Teil 4. Politik und öffentliches Leben

S. 87 Wahlalter

Jugendliche dürfen in einigen Bundesländern schon mit 16 Jahren den Landtag wählen. Jetzt diskutiert eine Wahlkampfkommission die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre für die Bundestags- und Europawahl und berät die Frage der Urteils- und Einsichtsfähigkeit der 16- bis 18-Jährigen. Für eine solche Absenkung muss allerdings das Grundgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Anmerkung: Vor über 50 Jahren wurde das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre abgesenkt.

S. 87 Demokratie

Das Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen scheint in einem Teil der Bevölkerung zu schwinden und gleichzeitig wächst die Angst vor der Zukunft.

Im 21. Jahrhundert ist die Ungleichheit der Vermögen in der Gesellschaft gewachsen. Der für die Demokratie wichtige Austausch der Bürger zwischen den sozialen Schichten, zwischen politischer und kultureller Zugehörigkeit ist geschwächt und die sozialen Medien unterstützen die Fragmentierung. Die Politik hat ihre Handlungsfähigkeit vielfach aus der Hand gegeben zugunsten des Marktes. Globalisierung und Finanzkapitalismus sind ungebremst vorangeschritten.

Hoffnung machten neue Gesprächsinitiativen in Form von Bürgerkonferenzen und Bürgerversammlungen. Die „Konferenz zur Zukunft Europas“, die im Mai 2022 zu Ende ging, ragt da besonders heraus. Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedsstaaten wurden ausgelost. Foren mit je 200 Teilnehmern erarbeiteten in Brüssel Vorschläge zum Klimawandel, zur Digitalisierung, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Rolle Europas und zur europäischen Demokratie. Vertreter der Foren diskutierten anschließend die Vorschläge mit Vertretern der europäischen Institutionen. Zum Schluss waren 49 Vorschläge für das Zusammenleben in der EU verabschiedet. Zu hoffen ist, dass sie auch in konkrete Politik umgesetzt werden.

Seite 88 Die Grünen

Die Grünen wurden bei der letzten Bundestagswahl 2021 Regierungspartei neben der SPD und der FDP (= die Ampelkoalition). Die Energiekrise drängt die Umweltpartei nun zu schmerzlichen Kompromissen: Seit Russland nicht mehr genügend Erdgas liefert, sollen Kohlekraftwerke länger laufen und Atomstrom die Energieknappheit zeitweise ausgleichen. Flüssiggasterminals werden inzwischen gebaut und neue Lieferanten gesucht.

S. 89 Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz beobachtet die gefährliche Ideologie und Gewaltbereitschaft bestimmter Gruppen, die auch vor Mord nicht zurückschrecken.

S. 89 Bürgerräte

Neu sind die Bürgerräte in Deutschland. Bürgerräte sind Versammlungen von Bürgern, die per Los bestimmt werden. 2019 wurden 160 Bürgerinnen und Bürger auf Initiative des Vereins „Mehr Demokratie“ ausgewählt. In der Diskussion waren Elemente der direkten Bürgerbeteiligung. Die Vorschläge gingen an die Gemeinden und Parlamente. Es dürfte allerdings schwierig sein, per Los ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft zu erreichen.

S. 90 Ukraine

2022 Russland greift die Ukraine an; Millionen fliehen in die EU. Die Hilfsbereitschaft in allen Ländern ist groß.

2022 Beschluss zum Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe bis 2025.

S 91 Euro

Kroatien führt 2023 den Euro ein.

S. 91 Europa

Europamüdigkeit hat sich zuletzt ausgebreitet und die Solidarität der Länder untereinander bröckelt, denn nationale Interessen sind vielfach vorrangig geworden. Erst der Krieg in der Ukraine hat die EU wieder stärker zusammengeführt.

S. 92 Schweiz

Der Rahmenvertrag Schweiz-EU sollte die Zusammenarbeit im Bereich des Binnenmarkts regeln. Aber der innenpolitische

Widerstand der Schweizer Bürger war groß, die den Verlust nationaler Souveränität fürchteten, z.B. durch den Einfluss des EuGH (= des Europäischen Gerichtshofs) zum Nachteil der direkten Schweizer Demokratie. Der Rahmenvertrag wurde 2021 nicht unterzeichnet. Der Abschluss bilateraler Verträge sind die Folge.

S. 93 Flüchtlinge

Mit einem zum Teil unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen 2015 vor allem nach Deutschland wurde das Flüchtlingsproblem zu einer großen Belastungsprobe. Erst der Angriffskrieg gegen die Ukraine schweißt Europa wieder mehr zusammen: gemeinsame Sanktionen und größere Verteidigungsanstrengungen sind die Folge.

S. 93 Rechtsstaat

Die Union ist gespalten in Nord- und Südeuropa, in West und Ost. Mittel- und osteuropäische Länder gefährden die liberalen Strukturen durch illiberale Tendenzen. Die Mitgliedsländer und das Parlament beschlossen 2020 schließlich, dass EU-Ländern, die den Rechtsstaat – unabhängige Presse und Justiz – zurückbauen, in Zukunft die finanziellen Mittel gekürzt werden.

S. 93 Europäisches Parlament

Das EP muss einem Gesetzesentwurf zustimmen, damit das Gesetz verabschiedet werden kann.

Das EP kann keine eigenen Gesetzesvorschläge einbringen, nur die Kommission, die am wenigsten demokratisch legitimiert ist. Hier müsste eine Reform der EU-Institutionen ansetzen.

S. 94 Einstimmigkeit

EU-Entscheidungen sollen in der Regel nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit fallen (Ausnahme: Polizei und Justiz). Einstimmigkeit ist zwingend in der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik, ein großes Hindernis für das gemeinsame Handeln nach

außen. Eine Reform der Einstimmigkeit ist erforderlich, aber schwer durchzusetzen.

S. 101 Ganztagschule

Für 2025 ist ein Rechtsanspruch auf den Besuch einer Ganztagschule geplant. Doch die Realisierung dieses Plans ist ungewiss, weil Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

S. 102 Fachhochschulen

47 private Fachhochschulen kooperieren mit Unternehmen.

S. 102 Private Hochschulen

Bereits jeder zehnte Studierende in Deutschland lernt an einer privaten Hochschule, die Gebühren verlangt. Sie bietet dafür die Möglichkeit, flexibel neben dem Job zu studieren. Durch Kooperationen mit Unternehmen sind sie nahe am Arbeitsmarkt.

S. 103 Studierende

Aber das Geld reicht trotzdem nicht und die Studierenden müssen dazuarbeiten.

S. 106 Landwirtschaft

Die Bürger fordern einen Wandel in der Landwirtschaft: mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz. Massentierhaltung und Antibiotika, Produktionssteigerung durch Pflanzengifte und Überdüngung werden nicht mehr kritiklos hingenommen, denn immer mehr Arten, z.B. Insekten, sterben aus. Der Weltbiodiversitätsrat stellte 2019 fest, dass etwa eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind. Schuld ist der Mensch, der zulässt, dass sich Siedlungsgebiete ausweiten und intensive Landwirtschaft betrieben wird. Subventioniert wird die Fläche und der Bio-Landbau hat nur einen Anteil von 10% (2020).

Auf der anderen Seite beschweren sich Bauern über zu niedrige Preise und immer mehr Bürokratie. Auch die negativen Folgen des

Klimawandels, die Dürre, Ernteauffälle und die Energiepreise machen ihnen stark zu schaffen.

S. 108 Anzeigen

Job-Anzeigen in der Tageszeitung sind für junge Leute out. Sie informieren sich in den sozialen Medien, denn Firmen suchen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Internet und werben mit attraktiven Videos. Wie würden Sie einen neuen Job suchen?

Teil 5: Kulturelles

S. 119 Digitalisierung

Während der Corona-Krise entstand Digitales Theater mit neuen Erzählformen. Eine Reihe von Theatern hat sich dem digitalen Transformationsprozess angeschlossen.

S. 121 Diversität

Das Theater ringt heute um die Konzeptionen der Zukunft. Die sich wandelnde Zusammensetzung der Bevölkerung fordert Antworten. Diversität und Geschlechtergerechtigkeit, mehr Demokratie im Theater sind die großen Themen, mehr Frauen in leitende Funktionen und in die Regie. So wurde beim jährlichen Theatertreffen der 10 besten Stücke eine Quote eingeführt: je 50% Regisseurinnen und Regisseure. Mit der Pandemie sind digitale Formate Alltag geworden. Das Kulturleben ist deutlich bunter, d.h. diverser geworden.

Die Berliner Schaubühne hob das Festival FIND (= Festival International Neue Dramatik) aus der Taufe, das neues Theater aus den unterschiedlichsten Sprach- und Kulturräumen nach Berlin holt.

S. 124 Theater

Große Probleme fürs Theater brachte 2020/21 die Corona-Krise: 1,5 Meter Abstand auf der Bühne, weniger Zuschauer, keine Festivals, keine internationalen Produktionen und viele Existenzsorgen für freie Künstler.

Das Theater wurde aber auch äußerst kreativ während Corona. Das Kollektiv punktlive begreift digitales Theater als neue Kunstform, die Social Media, Film und Theater inhaltlich mit klassischen Stoffen verbindet. So entstand 2022 das rein digitale Theaterstück „Werther.live“, das international große Anerkennung gefunden hat.

S. 129 Filme

Das Filmförderungsgesetz (FFG) zielt speziell auf die Filme, die in Lichtspielen gezeigt werden. Serien und hochwertige Produktionen, die von Streamingdiensten angeboten werden, bekommen aber auch steigende Förderung. Doch Streaming hat in zwischen seine Grenzen erreicht. Das Publikum hat dennoch nach Corona 2021 noch nicht vollzählig wieder in die Kinos gefunden.

S. 134 Film

Lieber Thomas (2021)

Filmdrama von Andreas Kleinert. Es erzählt das Leben des Schriftstellers Thomas Brasch (1945-2001), der 1968 in der DDR gegen den russischen Einmarsch in Prag demonstrierte, nicht gehört wurde, in den Westen ging und als erfolgreicher Schriftsteller, Dramatiker und Lyriker gefeiert wurde.

Teil 6: Aus der Wirtschaft

S. 139 Homeoffice

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Arbeiten unabhängig von Ort und Zeit für viele Berufe möglich ist. Die Digitalisierung macht neue

Arbeitsformen möglich; der Schwerpunkt liegt auf der erbrachten Leistung. So mancher Arbeitnehmer möchte auf die neue Freiheit nicht mehr verzichten. Die Generation Z, die unter 30-Jährigen, hatten mehr Unabhängigkeit eingefordert. Die neue Entwicklung dürfte ihnen entgegenkommen. Aber Gefahr droht: Freizeit und Arbeit verschwimmen und Selbstausbeutung ist an der Tagesordnung.

S. 142 Wachstum

Das Wachstumskonzept ist in die Kritik geraten. Um die Ressourcen der Erde zu schonen, soll Postwachstum Wachstum verlangsamen, ohne den Wohlstand zu gefährden. Intensiviert werden sollen Teilen statt Besitzen, mehr Gemeinnutzen, z.B. Genossenschaften, und weniger Konkurrenz.

S. 144 Brandenburg

Ein Glücksfall für Ostdeutschland ist die Ansiedlung von Hightech-Fabriken: Tesla in Brandenburg bei Berlin (Bau von Elektroautos), die Chipfabrik Intel in Magdeburg (Entwicklung von Halbleitern) und das modernste ICE-Werk Europas der Bahn in Cottbus. Abzuwarten ist, ob hochwertige Arbeitsplätze auch vor Ort und nicht im Westen entstehen.

S. 146 Perspektiven der Wirtschaft

Während der Pandemie wurde die Schuldenbremse 2022 (nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts BIP) ausgesetzt; seitdem steigt die Verschuldung in den einzelnen Ländern wieder mit ungewissen Folgen.

Die EU unterstützt den Freihandel und den internationalen Warenaustausch gegen eine Politik des Protektionismus, der Abschottung. Handelsabkommen müssen aber Europas Umwelt- und Verbraucherschutz berücksichtigen.

2022 ändern sich die Perspektiven. Lieferengpässe für viele Waren führten zu Kritik an den globalen Verflechtungen. Das Prinzip

"Wandel durch Handel", dass mit dem Handel auch demokratische Überzeugungen verbreitet werden, hat sich als Irrtum herausgestellt.

S. 148 Entlastungspaket

Das Jahr 2022 ist eine Zäsur: Der Krieg und steigende Energiepreise haben Folgen. Die Regierung steuert mit einem Entlastungspaket dagegen:

S. 149 Grundwasser

In Deutschland gibt es über 1180 Vorkommen von Grundwasser, die den Wasserverbrauch steuern. Wasser ist das am strengsten überwachte Grundnahrungsmittel. Wasserwerke kontrollieren das Trinkwasser und Wasserschutzzone schützen es. In der Nähe dieser Vorkommen müssen Landwirte ökologisch wirtschaften und es gibt Regeln, die die Reinheit des Wassers sicherstellen sollen. Dass es seit Jahren zu wenig regnet, stellt ein großes Problem für die Zukunft der Wasserversorgung dar. Die Grundwasserspiegel sinken.

S. 150 Energien

Mehrere alte Braunkohlekraftwerke wurden bereits abgeschaltet. Geplant sind: der weitere Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windparks, Wasserkraft, Geothermie, Solarstrom, vor allem Sanierung alter und Neubau energieeffizienter Häuser), neue Hochspannungsleitungen von der Nordsee nach Süden. Bis 2038 soll Schluss sein mit den Kohlekraftwerken.

S. 150 Energiekrise

Aber dann geschah das Unerwartete: Der Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zu Sanktionen gegen Russland und den Einstieg in ein stufenweises, komplettes Erdgas-, Kohle- und Gasembargo gegen Russland, den bisher wichtigsten Energielieferanten.

Die unmittelbaren Folgen: Die Energiewende soll eine Energiekrise abwenden. Grüner Strom soll möglichst bald Gas, Kohle und Erdöl

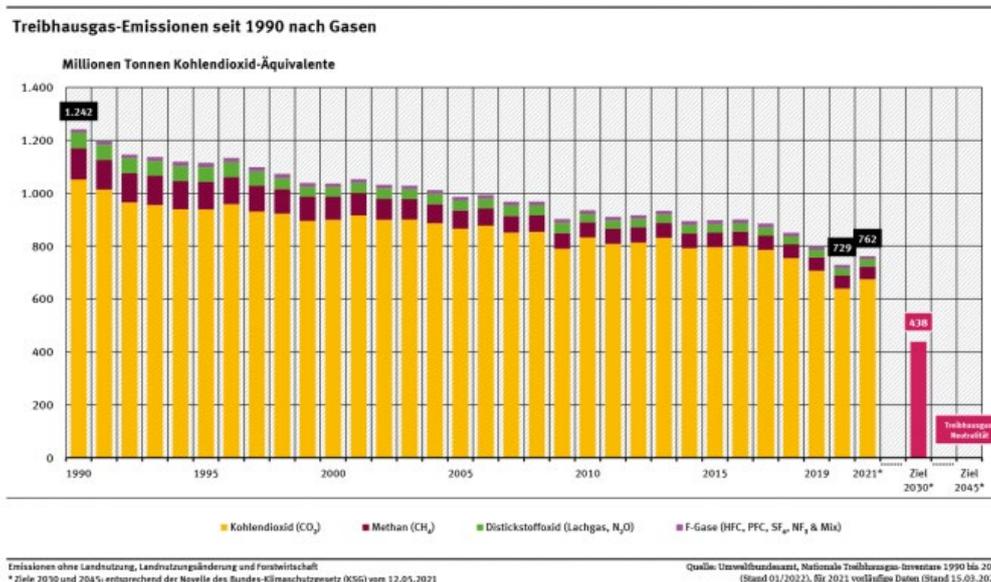
ersetzen. Die erneuerbaren Energien sollen ausgebaut werden, d.h. mehr Windräder und Solaranlagen, Energietrassen und intelligente Stromnetze. Große Summen stehen dafür bereit. Die Industrie erhält Übergangsfristen, ein Flüssiggas(LNG)-Terminal soll in Bremerhaven gebaut werden. Bis 2030 soll grüner Strom 80% des Stromverbrauchs erreichen.

Um auch die Klimaziele zu erreichen, kommt der grüne Wasserstoff (aus Ökostrom gewonnen, für Kraftwerke, den Verkehr und die Industrie) ins Blickfeld. Sein Import, seine Entwicklung und Produktion gilt als Klimaretter, doch die Umsetzung wird noch Jahre brauchen.

Mehrere alte Braunkohlekraftwerke wurden bereits abgeschaltet.

S. 152 Fazit

- a) Der CO₂-Ausstoß ist im Vergleich zu 1990 gesunken, steigt inzwischen aber wieder. Ab 2035 sind nur noch klimaneutrale Autos zugelassen. Deutschland will bis 2050 klimaneutral werden.
- b) Der Anteil an Ökostrom beträgt 49% (2020). Das Ziel: 80% bis 2030.
- c) Der Ausstieg aus der Kohle erfolgt bis 2038.
- d) Der Atomausstieg ist endgültig. Ein Atomendlager ist aber noch nicht in Betrieb.



S. 152 Emissionshandel

Die Zertifikate waren wegen des Überangebots in den letzten Jahren zu billig und boten keinen Anreiz mehr, in emissionsarme Anlagen zu investieren.

Energieintensivere Industrien erhalten bisher kostenlose Zertifikate, um gegen die ausländische Konkurrenz zu bestehen. Diese Förderung soll in den nächsten Jahren auslaufen und Zertifikate sollen in Zukunft knapper werden. Eine Importsteuer soll die Industrie schützen.

S. 154 Flugverkehr

In einem Kompetenzzentrum in Cottbus soll die Herstellung synthetischer Kraftstoffe aus elektrischer Energie erforscht werden. Wichtiger für das Klima ist allerdings die Entwicklung spritsparender Jets und die Reduzierung der Flüge.

S. 155 Mondmission

Technik aus Deutschland ist auch bei der Mondmission "Artemis" der NASA dabei.

S. 159 Pulse of Europe

Die überparteiliche Bürgerbewegung Pulse of Europe, 2006 in Frankfurt am Main gegründet, tritt für die europäischen Grundfreiheiten ein (Pressefreiheit). Sie will die europäische Idee sichtbar und hörbar machen, in dem sie länderübergreifend HausParlamente ins Leben ruft. Diese Parlamente diskutieren europäische Themen für gemeinsame Wege in die Zukunft.

S. 160 Europa

Bleibt die Idee von einem vereinten Europa nur ein schöner Traum? War sie allzu idealistisch gedacht? Tatsache ist, dass Populisten und Nationalisten das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Nationalstaat wieder stärken wollen. Die Idee von Europa als Friedensprojekt gerät damit in Gefahr.

Im Ukraine-Krieg versucht Europa, geschlossen zu handeln, leider nur mit Ausnahmen. Europa ist durch die Energiekrise, den Krieg und die Inflation an seine Grenzen gestoßen. Nach Lösungen wird gesucht.